



Kommentar zur Ausbildungsplatzabgabe

Von Dr. Henning von Vieregge

Die Ausbildungsabgabe ist keine neue Erfindung. Sie wird ein einigen europäischen Nachbarländern seit längerem angewendet und führte teilweise zu wieder steigenden Ausbildungszahlen. Die Ursache sinkender Ausbildungszahlen kann sie jedoch nicht beseitigen.

In Deutschland beschloss der Bundestag am 7. Mai 2004 das Berufsausbildungssicherungsgesetz. Danach sollten alle Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern, deren Ausbildungsquote unter sieben Prozent liegt, eine Pro-Kopfabgabe bezahlen. Wer darüber liegt, bekäme dagegen eine Prämie.

Der Bundesrat überwies den rot-grünen Gesetzentwurf jedoch am 11. Juni 2004 in den Vermittlungsausschuss. Damit sind die umstrittenen Pläne der rot-grünen Koalitionsfraktion vorerst gestoppt.

Ein Ausbildungspakt zwischen Wirtschaft und Bundesregierung soll nun die Lösung sein. Doch ein Ausbildungspakt ist ordnungspolitisch kein geeignetes Mittel. Was bis jetzt kaum jemand hinterfragt, ist die immer wiederkehrende Behauptung, Unternehmen hätten eine Verpflichtung zur Ausbildung. Wo sonst in unserer Gesellschaft machen wir Marktpartner alleinverantwortlich für gesellschaftliche Probleme? Unternehmen tragen nicht die Alleinverantwortung, sie tragen Mitverantwortung. Ihr Handlungsrahmen ist durch die Marktgegebenheiten determiniert. Freilich bleibt innerhalb dieses Rahmens ausreichender Handlungsspielraum, der gemeinsam aktiviert werden muss. Statt sich nun gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben, fordern wir auf, gemeinsam eine sinnvolle Lösung zu finden.

Der GWA bezieht in der Diskussion von Anfang an eine klare Position: Ausbildung ja - Ausbildungsabgabe nein! Lesen Sie dazu das GWA-Positionspapier und unseren Kommentar. Das Positionspapier schickten wir anfang Mai an alle Bundestagsabgeordneten. Die Antworten zeigen die Uneinigkeit innerhalb der Regierung. So auch die Stellungnahme von Rezzo Schlauch, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/die Grünen. Die meisten Experten sind gegen die Abgabe. Ihre Vorschläge, wie man das Problem sinnvoll lösen könnte, finden Sie in der Aufsatzsammlung des ifo schnellendienst 6/2004 - 57.

Wir unterstützen Ausbildung, indem wir in unserer Ausbildungs-offensive die Mitgliedsagenturen für das Thema sensibilisieren und mit



Ausbildungsbotschaftern, Newsletter und Informationsmaterial für den Nachwuchs unterstützen. Außerdem setzen wir uns für eine Modernisierung der Berufsbilder ein. Lesen Sie hierzu auch unseren Brief an Wirtschaftsminister Clement.

Kommentar zur Ausbildungsplatzabgabe

Wir waren und sind gegen die Ausbildungsplatzabgabe und haben dies den Abgeordneten gegenüber faktenreich und nachvollziehbar begründet. Ob sie kommt, ist offen. Dass sie aber in der Welt ist, ist ein Ärgernis. Die Abgabe schadet allen außer denen, die sie verwalten.

Um die bis tief in die SPD reichende Kritik an der Ausbildungsplatzabgabe zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die Befürworter. Treiber ist seit Jahren eine Fraktion aus SPD und Gewerkschaften, denen die duale Ausbildung insgesamt eher suspekt ist. Denn der Hauptverantwortliche in der dualen Ausbildung ist noch vor der Berufsschule der Betrieb. Allein das ist in den Augen dieser Bildungspolitiker schon verdächtig. Ihr Credo sind außerbetriebliche Ausbildungsstätten – damit richten sie sich gegen die duale Ausbildung.

Die besondere List der dualen Ausbildung, die es nur in Österreich, der Schweiz und bei uns gibt, liegt darin, dass der Auszubildende seinen Fuß schon tief ins Beschäftigungssystem stellen kann. Die Chance, auf diese Weise in Beschäftigung zu kommen, ist ungleich höher als ohne duale Ausbildung.

Das zeigt auch der internationale Vergleich. Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegen wir auf einem ordentlichen vierten Platz, in der Arbeitslosenstatistik ganz am Ende in Europa. Wer aus ideologisch-rechthaberischen Gründen dieses durchaus fragile System angreift, sollte die Folgen mittragen. Aber genau das passiert nicht.

Jahrelang konnte sich die Wirtschaft gegenüber den Forderungen nach staatlichem Eingriff mit dem Hinweis entziehen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen keinen ernsthaften Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit darstellen. Im Gegenteil.

Warum ist jetzt- Müntefering hin, Müntefering her- die Abwehrfront eingebrochen? In den letzten Jahren hat die Zahl der Ausbildungsplätze abgenommen. Dafür gibt es konjunkturelle und strukturelle Gründe. Die strukturellen sind der Trend zur Akademisierung. Entsprechend hat sich, dies zeigt sich besonders in Agenturen, die Zahl der Praktikanten- und Trainee-Plätze deutlich erhöht. Diese Entwick-



lung wird von der Ausbildungsplatzabgabe völlig ignoriert. Aus konjunkturellen Gründen konnten manche Ausbildungsbetriebe nicht mehr im bisherigen Umfang ausbilden. Zudem mussten Konkurslehrlinge untergebracht werden. Dies alles hat die Schere zwischen Nachfrage und Angebot auseinandergezogen. Plötzlich hatten die Befürworter einer Ausbildungsplatzabgabe als vermeintlichem Heilmittel Oberwasser.

In Wirklichkeit muss mit der Ausbildung werbend umgegangen werden. Das macht beispielsweise der GWA gegenüber seinen Mitgliedern. Behutsam, ohne moralischen Zeigefinger. Ein Verband kann seinen Mitgliedern nicht in betriebswirtschaftliche Entscheidungen greifen. Er sollte sich auch Ratschläge, die eindeutig gegen den Markt zielen, schenken. Ein Verband kann nur versuchen, dahingehend zu wirken, dass die Spielräume, die der einzelne Betrieb hat, zu Gunsten der Ausbildung ausschlagen. Dass man damit erfolgreich sein kann, haben wir mit unserer Ausbildungs Offensive im letzten Jahr bewiesen. Zu Zeiten des Personalabbaus haben die Agenturen in der Ausbildung gegen den Trend zugelegt.

Wir raten unseren Unternehmen, sich von den aktuellen Debatten und Beschlüssen nicht beeindruckt zu lassen und die Spielräume zu Gunsten der dualen Ausbildung wie seither bestmöglich zu nutzen. Das Theater, welches die verantwortlichen Politiker mit dem „Haltet den Dieb“-Spiel begonnen haben, müssen die Wirtschaftsverbände, wenn sie die Ausbildungsplatzabgabe vermeiden wollen, durch Angebote eines Ausbildungspaktes mitmachen. Das nennt man dann wohl hohe Politik.

13. Mai 2004